



Architektonische Neugestaltung des Eingangsbereichs NÖ Landesmuseum

Nicht offener (Realisierungs-)Wettbewerb
Teilnahmeantragsfrist: 10.4.2007, 12:00 Uhr

UNTERLAGEN FÜR DIE TEILNAHME AM
ARCHITEKTENWETTBEWERB

Februar 2007

1 ANGABEN zum PROJEKT

1.1 Auftraggeber und Auslober:

NÖ Verwaltungszentrum Verwertungsgesellschaft m.b.H.
Neugebäudeplatz 1
3101 St. Pölten

1.2 Projektbeschreibung:

Mit dem Projekt, das Gegenstand dieses Wettbewerbs ist, sollen folgende drei Ziele verwirklicht werden:

- a) Aufwertung des öffentlichen Raums durch städtebauliche Maßnahmen
Der Kulturbezirk St. Pölten soll im Bereich des Festspielhauses, der Shedhalle, dem Landesarchiv, der Landesbibliothek, dem Klangturm und dem Landesmuseum (vgl die markierte Fläche in **Beilage 1**) durch städtebauliche Maßnahmen attraktiver gestaltet werden.
- b) Neugestaltung des Eingangsbereichs des NÖ Landesmuseums
Ein besonderes Augenmerk soll sich auf die bauliche Gestaltung des Eingangsbereiches des NÖ Landesmuseums richten, die neben der Schaffung einer für die Besucher einladenden Eingangssituation auch einen rollstuhlgerechten Zugang aus der Tiefgarage beinhalten soll.
- c) Umbau und Erweiterung des NÖ Landesmuseums für eine gastronomische Nutzung.
Im Landesmuseum selbst ist eine gastronomische Einrichtung vorzusehen, die auch dann, wenn das Museum geschlossen ist, für Gäste erreichbar ist.

Die Baukosten für das gesamte Projekt dürfen EUR 3,3 Mio (netto) nicht überschreiten.

Die Wettbewerbsarbeiten sind in der Tiefe eines Vorentwurfs gemäß HOA zu erstellen.

2 VERFAHREN

2.1 Verfahrensart:

Es handelt sich um einen nicht offenen (Realisierungs-)Wettbewerb mit anschließendem Verhandlungsverfahren zur Vergabe eines Planungsauftrags im Unterschwellenbereich.

Der Auslober wird nach Abschluss des Wettbewerbes unter strikter Berücksichtigung der Empfehlung des Preisgerichtes über eine Beauftragung mit dem Gewinner des Planungswettbewerbes gemäß § 155 Abs 10 iVm § 30 Abs 2 Z 6 BVergG 2006 in Vertragsverhandlung treten. Sollten die Verhandlungen mit dem 1. Preisträger binnen angemessener Frist nicht zu einem Vertragsabschluss führen, sind die Vertragsverhandlungen mit dem Zweitgereihten und bei Scheitern dieser Vertragsverhandlungen mit dem Drittgereihten zu führen.

2.2 Leistungsbild:

Es ist beabsichtigt, sämtliche Planungsleistungen gemäß § 3 HOA, mit Ausnahme von Teilen der geschäftlichen Oberleitung zu vergeben.

2.3 Verfahrensablauf

In einer ersten Stufe können beliebig viele Bewerber Teilnahmeanträge stellen. Aus allen Bewerbern, die rechtzeitig einen gültigen Teilnahmeantrag abgegeben haben und über die geforderte Eignung (vgl Punkt 4. unten) verfügen, werden anhand der in Punkt 5. beschriebenen Auswahlkriterien die fünf Teilnehmer für die zweite Stufe (= Wettbewerbsteilnehmer) ermittelt.

In der zweiten Stufe sollen von den ausgewählten Wettbewerbsteilnehmern Ausarbeitungen für das gegenständliche Projekt vorgelegt werden, die im Zuge einer oder mehrerer Sitzungen des Preisgerichtes in einem anonymen Verfahren beurteilt werden.



Die Einzelheiten des Verfahrens werden in der Wettbewerbsordnung für die zweite Stufe geregelt.

2.3.1 Frist für das rechtzeitige Einlangen der Teilnahmeanträge:
Fristende für die Abgabe der vollständigen Teilnahmeanträge:

10. April 2007; 12:00 Uhr

Für die Rechtzeitigkeit des Einlangens der Teilnahmeanträge im Wettbewerbsbüro ist jeder Bewerber selbst verantwortlich. Verspätet eingelangte Teilnahmeanträge können im Auswahlverfahren nicht berücksichtigt werden!

2.3.2 Abgabeort / Wettbewerbsbüro:

Arzberger - Höss Ziviltechnikergesellschaft m.b.H.
Eichendorffstraße 65
3100 St. Pölten
zHd. Arch. Dipl.-Ing. Franz Arzberger

2.3.3 Voraussichtliche weitere Termine:

- Sitzung des Preisgerichts zur Auswahl
der fünf Wettbewerbsteilnehmer auf Grundlage der Auswahlkriterien: KW 17 / 2007

Alle Bewerber werden nach Abschluss des Auswahlverfahrens über das Ergebnis informiert.

Die Projektvorschläge sind von den fünf ausgewählten Wettbewerbsteilnehmern innerhalb **von 8 Wochen** nach Versand der Wettbewerbsunterlagen für die zweite Stufe zu erarbeiten.

2.4 Preise / Aufwandsentschädigung

Jeder der fünf, vom Preisgericht ausgewählten, Teilnehmer an der 2. Wettbewerbsstufe erhält als Aufwandsentschädigung einen Betrag von EUR 3.000,00 zuzüglich MWSt., sofern die Vollständigkeit der abgegebenen Unterlagen vom Preisgericht bestätigt wird, die Unterlagen rechtzeitig eingelangt sind und keine weiteren Ausschluss- oder Ausscheidungsgründe vorliegen.

Beim Gewinner des Wettbewerbes wird die Aufwandsentschädigung im Zuge der weiteren Beauftragung als Teil des Honorars für den Vorentwurf in Abzug gebracht.



3 BESTANDTEILE DES TEILNAHMEANTRAGS

Mit Abgabe des rechtsgültig unterfertigten Teilnahmeantrags (**Formblatt 9**) gibt der Bewerber sämtliche Erklärung, die in den Ausschreibungsunterlagen, insbesondere in den Formblättern enthalten sind, rechtsverbindlich und unwiderruflich ab. Der Teilnahmeantrag hat aus folgenden Teilen zu bestehen:

- Rechtsgültig unterfertigtes Unterschriftenblatt (**Formblatt 9**)
- Vollständig ausgefüllte Formblätter 1 bis 9 (die orange markierten Felder sind auszufüllen, Änderungen und Ergänzungen an anderen Stellen sind unzulässig).
- Anlage 1: Befugnisdekret oder ANKÖ-Nummer
- Anlage 2: Aktueller Kontoauszug der Sozialversicherungsanstalt oder ANKÖ-Nummer
- Anlage 3: Letztgültige Lastschriftanzeige der zuständigen Finanzbehörde oder ANKÖ-Nummer
- Anlage 4: Jahresabschluss der letzten drei Geschäftsjahre bzw Bestätigung eines Wirtschaftstreuhanders
- Anlage 5: Versicherungsbestätigung – Betriebshaftpflichtversicherung
- Anlage 6: Bonitätsauskunft
- Anlage 7: In Bezug auf die Referenzprojekte für die Auswahlkriterien:
 - a) Planliche Darstellungen: Grundrisse, Schnitte, Ansichten
 - b) Visualisierung (zB Foto, 3D-Darstellung)
 - c) Verbale Beschreibung (maximal eine halbe A4-Seite)
- Anlage 8: CD-ROM

Die Vorlage der übrigen Teile der Teilnahmeantragsunterlage ist nicht erforderlich.

4 Eignung

Bewerber, die die folgenden Eignungskriterien nicht erfüllen, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen:

4.1 Befugnis:

Zur Teilnahme am gegenständlichen Verfahren sind natürliche und juristische Personen berechtigt, die über die erforderliche Befugnis verfügen. Dabei handelt es sich insbesondere um Architekten, Ziviltechniker und Zivilingenieure für Hochbau bzw entsprechende Gesellschaften. Die Befugnisse für Ingenieurkonsulenten für Landschaftsplanung und Ingenieurkonsulenten für Bauwesen sind nicht ausreichend.

Dem Teilnahmeantrag ist das entsprechende Befugnisdekret (**Anlage 1**) anzuschließen oder gegebenenfalls die ANKÖ-Nummer bekannt zu geben.

Ausländische Bewerber, die über keine einschlägige österreichische Befugnis verfügen, müssen zumindest über die berufliche Befugnis eines Mitgliedstaates der EU bzw einer Vertragspartei des EWR-Abkommens verfügen. Ein Nachweis, dass ein Anerkennungs- bzw Gleichhaltungsverfahren gemäß § 373c, § 373d bzw § 373e GewO 1994 in der geltenden Fassung oder für eine Bestätigung gemäß § 1 Abs 4 der EWR-Architekten- bzw EWR-Ingenieurkonsulentenverordnung vor Ende der Teilnahmefrist eingeleitet wurde, ist dem Teilnahmeantrag bei der Einreichung in Kopie anzuschließen (**Anlage 1**). Der Anerkennungs- bzw Gleichhaltungsbescheid bzw die genannten Bestätigungen müssen spätestens dann vorliegen, wenn der Auftraggeber am Ende der zweiten Stufe des Vergabeverfahrens die Entscheidung über den Wettbewerbsgewinner bekannt gibt. Darüber hinaus haben ausländische Bewerber eine deutsche Übersetzung der Abschrift des Berufs- oder Handelsregisters ihres Herkunftslandes oder die dort vorgesehene Bescheinigung oder eidesstattliche Erklärung vorzulegen. Welche Nachweise konkret für ein bestimmtes Herkunftsland vorzulegen sind, bestimmt sich nach Anhang VII zum BVergG.

4.2 Zuverlässigkeit

Die Zuverlässigkeit des Bewerbers ist gegeben, wenn

- gegen ihn oder - sofern es sich um juristische Personen, handelsrechtliche Personengesellschaften, eingetragene Erwerbsgesellschaften oder Arbeitsgemeinschaften handelt – gegen in der Geschäftsführung tätige physische Personen kein rechtskräftiges Urteil ergangen ist, das einen der folgenden Tatbestände betrifft: Mitgliedschaft bei einer kriminellen Organisation (§ 278a des Strafgesetzbuches – StGB, BGBl Nr. 60/1974), Bestechung (§§ 302, 307, 308 und 310 StGB; § 10 des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 – UWG, BGBl Nr 448), Betrug (§§ 146 ff StGB), Untreue (§ 153 StGB), Geschenkkannahme (§ 153a StGB), Förderungsmisbrauch (§ 153b StGB) oder Geldwäscherei (§ 165 StGB) bzw einen entsprechenden Straftatbestand des Landes in dem der Unternehmer seinen Sitz hat,
- gegen ihn kein Konkurs oder gerichtliches Ausgleichsverfahren eingeleitet oder die Eröffnung eines Konkursverfahrens mangels hinreichenden Vermögens abgewiesen wurde;
- er sich nicht in Liquidation befindet oder seine gewerbliche Tätigkeit nicht eingestellt hat;
- gegen ihn oder – sofern es sich um juristische Personen, handelsrechtliche Personen, Gesellschaften, eingetragene Erwerbsgesellschaften oder Arbeitsgemeinschaften handelt – gegen physische Personen, die in der Geschäftsführung tätig sind, kein rechtskräftiges Urteil ergangen ist, das ihre berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellt;
- er seine Verpflichtungen zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge, der Steuern und der Abgaben erfüllt und

- gegen ihn keine rechtskräftige Bestrafung gem § 28 Abs 1 Z 1 AusIBG vorliegen. Der Bewerber kann auch bei Vorliegen derartiger rechtskräftiger Bestrafungen als zuverlässig angesehen werden, wenn er glaubhaft macht, dass er trotz Vorliegens rechtskräftiger Bestrafungen gem § 28 Abs 1 Z 1 AusIBG nicht unzuverlässig ist.

Zum Nachweis für die Zuverlässigkeit des Bewerbers hat dieser:

- die Erklärungen gemäß **Formblatt 1** abzugeben und
- einen aktuellen Kontoauszug der zuständigen Sozialversicherungsanstalt zum Nachweis der Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge (**Anlage 2**) oder die ANKÖ-Nummer und
- eine letztgültige Lastschriftanzeige der zuständigen Finanzbehörde zum Nachweis der Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung der Steuern und Abgaben (**Anlage 3**) oder die ANKÖ-Nummer

vorzulegen.

4.3 Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Das Mindestniveau der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für den gegenständlichen Auftrag ist gegeben, wenn der Bewerber folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt:

- Der Jahresumsatz der letzten drei Geschäftsjahre beträgt pro Jahr zumindest EUR 300.000,00. Sofern ein Bewerber weniger als drei Jahre besteht, gilt das 12-fache des durchschnittlichen Monatsumsatzes seit Bestehen des Bewerbers als Jahresumsatz. Der Bewerber muss jedoch mindestens seit zwei Jahren (rückgerechnet vom Tag der Teilnahmeantragsfrist) bestehen.

Zum Nachweis für das Vorliegen der geforderten Mindestumsätze des Bewerbers hat dieser folgende Unterlagen vorzulegen:

Eine Erklärung über den jährlichen Gesamtumsatz der letzten drei Geschäftsjahre, sofern ein Bewerber weniger als drei Jahre besteht, ist eine Erklärung über das 12-fache des durchschnittlichen Monatsumsatzes seit Bestand des Bewerbers abzugeben. Zur Abgabe dieser Erklärung ist das **Formblatt 2** zu verwenden.

Jahresabschlüsse der letzten drei Geschäftsjahre (2003 bis 2006). Sofern der Bewerber nicht bilanziert oder aus einem anderen Grund (zB weil der Jahresabschluss 2006 noch nicht fertig ist), ein Jahresabschluss nicht vorgelegt werden kann, ist eine Bestätigung des Wirtschaftstreuhänders ausreichend, worin dieser die entsprechenden Umsätze bestätigt (**Anlage 4**).

- Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens EUR 550.000,00 je Schadenfall.

Zum Nachweis für das Vorliegen der Betriebshaftpflichtversicherung ist eine entsprechende Bestätigung des Versicherungsunternehmens (zB Deckungszusage) oder die Versicherungspolizze vorzulegen (**Anlage 5**).

- Bonitätsauskunft eines Kreditinstituts, worin dieses erklärt, dass von einer Geschäftsbeziehung mit dem Bewerber aus Bonitätsgründen nicht abzuraten ist. Dazu ist eine Bonitätserklärung eines Kreditinstituts gem **Formblatt 3 (Anlage 6)** vorzulegen.

4.4 Technische Leistungsfähigkeit

Das Mindestniveau der technischen Leistungsfähigkeit ist gegeben, wenn der Bewerber folgende Voraussetzungen erfüllt:

- Der Bewerber hat in den letzten fünf zumindest ein Referenzprojekt durchgeführt, bei dem er die Planung für einen Umbau in einem öffentlichen Gebäude mit Baukosten von mindestens EUR 2,5 Mio ausgeführt hat. Als öffentliches Gebäude gelten nicht nur Gebäude, die von der öffentlichen Hand genutzt werden, sondern alle Gebäude, die üblicherweise für die Öffentlichkeit zugänglich sind (zB auch Banken, Versicherungen). Es ist erforderlich, dass der Bewerber mindestens sämtliche Teilleistungen der Planung gem § 3 HOA mit Ausnahme der geschäftlichen Oberleitung ausgeführt hat.

Ein Referenzprojekt wird nur dann gewertet, wenn es in den letzten fünf Jahren (Stichtag für die Berechnung ist der Tag des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist) ausgeführt worden ist. Konkret bedeutet das, dass das Projekt entweder in den letzten fünf Jahren fertig gestellt worden ist (= Übernahme des Projekts) oder dass zumindest 50% der Bauleistungen bis zum Tag des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist fertig gestellt worden sind.

Falls der Bewerber eine Referenzleistung im Rahmen einer Arbeits- oder Bietergemeinschaft erbracht hat, zählt nur jener Leistungsanteil, den der Bieter im Rahmen dieser Arbeits- oder Bietergemeinschaft selbst erbracht hat.

Zum Nachweis der Erfüllung der geforderten Referenz hat der Bewerber die Beschreibung des Referenzprojektes mit Angabe des Leistungsumfangs und einer Beschreibung der genannten Tätigkeit sowie des früheren Auftraggebers samt Ansprechperson vorzulegen. Dafür ist das **Formblatt 4** auszufüllen.

- Weiters muss der Bewerber in seinem Büro über folgende technische Mindestausstattung verfügen:
 - Telefon, Fax und Mobiltelefon
 - E-mail Adresse
 - EDV Office Programme mit Verarbeitungsmöglichkeit von *.doc, *.xls, *.pdf Dateien
 - CAD-Programme mit *.dwg, *.dxf und *.plt Ausgabemöglichkeit
 - Ausschreibungsprogramm für Standard LB-H, LB-HT
 - Ausgabemöglichkeit als *.pdf –Dateien für sämtliche Anwendungen

Zum Nachweis der genannten Mindestausstattung hat der Bewerber die entsprechende eidesstattliche Erklärung auf dem **Formblatt 4** abzugeben.

5 Auswahl der fünf Wettbewerbsteilnehmer

Aus dem Kreis der geeigneten Bewerber werden auf Grundlage der folgenden Auswahlkriterien jene Bewerber ausgewählt, die zur Teilnahme an der zweiten Stufe des Wettbewerbs eingeladen werden (Wettbewerbsteilnehmer):

Referenzgruppe	Referenz	Auswahlkriterien	Maximale Punkte
1.	Referenz Eingangsbereich	Funktionalität	1,0
		Ästhetik	1,0
		Budgeteinhaltung	1,0
2.	Referenz Platzgestaltung	Funktionalität	1,0
		Ästhetik	1,0
		Budgeteinhaltung	1,0
3.	Referenz Gastronomiebetrieb	Funktionalität	1,0
		Ästhetik	1,0
		Budgeteinhaltung	1,0
4.	Referenz Vergaberecht	Ja / Nein	1,0

Erläuterungen zu der Bewertungsmatrix für die Auswahlkriterien:

Für die Bewertung auf Grundlage der in der Matrix genannten Auswahlkriterien werden höchstens vier Referenzen bewertet. Die Referenzen 1 bis 3 werden jeweils auf Grundlage der Auswahlkriterien Funktionalität, Attraktivität und die Budgeteinhaltung bewertet. Wichtig ist bei diesen drei Referenzen, dass der Bewerber anstelle von einer Referenz aus jeder Gruppe auch zwei Referenzen aus einer Gruppe benennen kann. Es ist also möglich, zum Beispiel zwei Referenzen Eingangsbereich, eine Referenz Platzgestaltung und keine Referenz Gastronomiebetrieb vorzulegen und dennoch die maximale Punkteanzahl aus diesen drei Referenzen zu ziehen. Nochmals allgemein erklärt: Aus den Referenzen 1 bis 3 werden bis zu drei Referenzen bewertet, wobei – um die maximalen Punkte erreichen zu können – Referenzen aus mindestens zwei der drei Referenzgruppen vorgelegt werden müssen. Würden beispielsweise drei Referenzen Eingangsbereich vorgelegt, könnten nur zwei davon (die zwei Besten) bewertet werden.

Für die Referenzprojekte der Gruppen 1 bis 3 kommen die folgenden Auswahlkriterien zur Anwendung:

1. Funktionalität

Hier wird positiv bewertet, wenn die funktionalen Bereiche so angeordnet sind, dass die Wege möglichst minimiert werden, und dass das Platzangebot der für die jeweilige Funktion erwarteten Personenfrequenz entspricht; weiters, dass die Orientierung für die Nutzer ohne weiteres (insbesondere ohne zusätzliche Hilfsmittel) möglich ist und dass mit der Planung assoziativ die jeweiligen Funktionen eindeutig erkennbar sind; schließlich, dass die Überwachung und Bedienung der Objekte mit möglichst wenig Personal durchgeführt werden kann.

Referenzprojekte, die dieses Auswahlkriterium ausgezeichnet erfüllen, erhalten 1 Punkt, Referenzprojekte, die dieses Auswahlkriterium durchschnittlich erfüllen, erhalten 0,5 Punkte und Referenzprojekte, die dieses Auswahlkriterium nicht einmal durchschnittlich erfüllen, erhalten 0 Punkte. Andere Punktebewertungen sind nicht möglich.

2. Ästhetik

Bei diesem Auswahlkriterium wird vom Preisgericht die Gestaltung der Baukörper und Bereiche, die Auswahl der verwendeten Materialien, die Farbgestaltung und die Einfügung des Projekts in die Umgebung bewertet.

Referenzprojekte, die dieses Auswahlkriterium ausgezeichnet erfüllen, erhalten 1 Punkt, Referenzprojekte, die dieses Auswahlkriterium durchschnittlich erfüllen, erhalten 0,5 Punkte und Referenzprojekte, die dieses Auswahlkriterium nicht einmal durchschnittlich erfüllen, erhalten 0 Punkte. Andere Punktebewertungen sind nicht möglich.

3. Budgeteinhaltung

Bei diesem Auswahlkriterium wird für ein Referenzprojekt, bei dem der Kostenrahmen für das Referenzprojekt eingehalten worden ist, 1 Punkt vergeben, ansonsten 0 Punkte. Andere Punktebewertungen sind nicht möglich.

Sofern das Projekt im maßgeblichen Zeitpunkt (Ende der Teilnahmeantragsfrist) abgeschlossen worden ist, kommt es bei diesem Kriterium auf den Vergleich Kostenrahmen / Kostenfeststellung an. Sofern das Projekt noch nicht abgeschlossen ist (mindestens jedoch 50% der Bauleistungen erbracht), kommt es auf den Vergleich Kostenrahmen / aktuelle Kostenprognose gemäß Baufortschritt an.

Referenzprojekte werden nur dann gewertet, wenn

- in der Gruppe 1 die Baukosten des Referenzprojekts mindestens EUR 1,5 Mio (netto),
- in der Gruppe 2 die Baukosten des Referenzprojekts mindestens EUR 0,5 Mio (netto)
- in der Gruppe 3 die Baukosten des Referenzprojekts mindestens EUR 1,0 Mio (netto)
- in der Gruppe 4 die Baukosten des Referenzprojekts mindestens EUR 3,0 Mio (netto)

betragen.

Referenzprojekte werden weiters nur dann gewertet, wenn sie in den letzten fünf Jahren (Stichtag für die Berechnung ist der Tag des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist) ausgeführt worden sind. Konkret bedeutet das, dass das Projekt entweder in den letzten fünf Jahren fertig gestellt worden ist (= Übernahme des Projekts) oder dass zumindest 50% der Bauleistungen bis zum Tag des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist fertig gestellt worden sind.



Schließlich werden Referenzprojekte nur dann gewertet, wenn der Bewerber mindestens sämtliche Teilleistungen der Planung gem § 3 HOA mit Ausnahme der geschäftlichen Oberleitung ausgeführt hat.

Neben den entsprechend ausgefüllten Formblättern sind für die Referenzprojekte der Gruppe 1 bis 3 jeweils folgende Projektunterlagen vorzulegen:

- Planliche Darstellungen: Grundrisse, Schnitte, Ansichten
- Visualisierung (zB Foto, 3D-Darstellung)
- Verbale Beschreibung (maximal eine A4-Seite): Hier ist insbesondere darzulegen, ob und gegebenenfalls warum nach Ansicht des Bewerbers mit dem benannten Referenzprojekt die Auswahlkriterien (Funktionalität, Ästhetik, Budgeteinhaltung) erfüllt werden.

Die Projektunterlagen sind sowohl in Papierform als auch im PDF-Format auf einer CD-ROM (**Anlage 8**) vorzulegen.

Eine Sonderstellung nimmt das Referenzprojekt Gruppe 4 ein: Bei diesem kommt es dem Auftraggeber nur darauf an, dass der Bewerber bereits die Bauleistungen für ein Projekt unter Anwendung der vergaberechtlichen Vorschriften (zB Bundesvergabegesetz oder vor Geltung des BVergG 2006 Landesvergabegesetze oder ÖNORM A 2050) ausgeschrieben hat. Ist das bei dem namhaft gemachten Referenzprojekt der Fall, erhält der Bewerber einen Punkt ansonsten 0 Punkte.

Für das Referenzprojekt der Gruppe 4 ist das **Formblatt 8** auszufüllen.

Sofern ein und dasselbe Referenzprojekt die Voraussetzungen für mehrere Gruppen erfüllt, kann dieses auch für mehrere Gruppen (zB Gruppe 1 und Gruppe 4 oder Gruppe 2 und Gruppe 3) benannt werden.

Bewerber, die einen Teilnahmeantrag abgeben, sind sich bewusst und erklären sich auch damit ausdrücklich einverstanden, dass die Auswahlkriterien subjektive Komponenten enthalten und dass dadurch ein vergleichsweise großer Ermessensspielraum für das Preisgericht besteht.

6 Zusammensetzung des Preisgerichts

Das Preisgericht, welches sowohl die Bewertung der Bewerber aufgrund der Auswahlkriterien als auch die Ermittlung des/der Wettbewerbssieger aufgrund der Beurteilungskriterien vornehmen wird, besteht aus folgenden Preisrichtern:

Fachpreisrichter:

1. Mag. Arch. Ernst J. Fuchs
2. BD a.D. Dipl.-Ing. Peter Kunerth
3. Dipl.-Ing. Jenz Debuck
4. 1 Vertreter der Architektenkammer (Kooperation kurz vor Abschluss)

Sachpreisrichter:

1. Dr. Joachim Rössl
2. Dipl.-Ing. Paul Gessl
3. Hofrat Dr. Gerhard Tretzmüller

Ersatzmitglieder:

1. Mag. Arch. Marie – Therese Harnoncourt
2. Dipl.-Ing. Andreas Neuwirth
3. Vertreter Dipl.-Ing. Jenz Debuck (noch nicht bekannt)
4. Stellvertreter der Architektenkammer (Kooperation kurz vor Abschluss)
5. Mag. Friedrich Grassegger
6. Mag. Christian Bauer
7. Dipl.-Ing. Karl Dorringer



7 RÜCKFRAGEN

Rückfragen sind schriftlich zu formulieren, vorzugsweise per E-Mail und mit den Worten „Architektonische Neugestaltung des Eingangsbereichs NÖ Landesmuseum“ gekennzeichnet an folgende Stelle zu richten:

Arzberger – Höss Zivitechnikergesellschaft mbh
Eichendorffstraße 65
3100 St. Pölten

Arch. Dipl.-Ing. Franz Arzberger
e-mail: office@arzberger-hoess.at

Sofern Anfragen nicht bis spätestens 27.3.2007, 17 Uhr, einlangen, besteht keine Verpflichtung, diese noch zu bearbeiten. Sowohl die Anfragen als auch die Antworten werden in anonymisierter Form an sämtliche Bieter versendet.

8 KOMMUNIKATION ZWISCHEN AUFTRAGGEBER UND BEWERBER

Sämtliche Informationen, die der Auftraggeber allen Bewerbern übermitteln will, werden auf seiner Homepage unter dem Link

www.noe.gv.at/Ausschreibungen

bekannt gegeben. Jeder Bewerber ist daher selbst dafür verantwortlich, dass er sich regelmäßig über allfällige Neuerungen oder Änderungen (insbesondere Anfragebeantwortungen, Berichtigungen der Ausschreibung, Fristverlängerungen) laufend informiert.

9 SONSTIGES

Voraussichtlicher Rahmenterminplan für die Bauabwicklung:

Baueinreichung und Bewilligungsverfahren:	bis Februar 2008
Polierplanung und Ausschreibungsverfahren:	Februar / Juni 2008
Baudauer samt Einrichtung:	August 2008 bis Juli 2009
Übergabe / Übernahme an den Bauherrn:	August 2009

10 BEILAGEN:

Beilage 1: Planunterlage



11 FORMBLÄTTER

Formblatt 1

ALLGEMEINE UND INDIVIDUELLE ERKLÄRUNGEN DES BEWERBERS

1. BEWERBER

Firma (Geschäftsbezeichnung, Name) und Geschäftsanschrift des Bewerbers

Firma	Ansprechperson
Anschrift	E-Mail
Land	Telefon

*[Bitte vollständigen Firmenwortlaut des Bewerbers angeben. Im Fall von Bieter- und Arbeitsgemeinschaften ist hier der bevollmächtigte Vertreter anzugeben. Bitte beachten, dass **nur eine einzige** E-Mail-Adresse angegeben werden darf.]*

2. Der Bewerber beantragt mit seiner rechtsgültigen Unterschrift die Teilnahme am gegenständlichen Vergabeverfahren.

Er anerkennt, dass seinem Teilnahmeantrag der Inhalt der gesamten Teilnahmeantragsunterlagen (insbesondere der Formblätter) zugrunde liegen.

3. Kenntnis der Bestimmungen gemäß der öffentlichen Bekanntmachung und den Teilnahmeantragsunterlagen

Der Bewerber erklärt durch seine rechtsverbindliche Unterschrift, dass er die Bestimmungen gemäß der öffentlichen Bekanntmachung und den gegenständlichen Teilnahmeantragsunterlagen vollinhaltlich zur Kenntnis genommen hat.

4. Einhaltung der guten Sitten

- (1) Der Bewerber erklärt, dass er keine für den Auftraggeber nachteilige, gegen die guten Sitten oder gegen den Grundsatz des lautereren Wettbewerbs verstoßende Abreden mit anderen Unternehmen (insbesondere über die Preisbildung oder Ausfallsentschädigung), noch Preisbindungen oder sonstige Abreden, soweit es sich nicht um Vereinbarungen im Rahmen eines eingetragenen oder sonst erlaubten Kartells handelt, eingegangen ist bzw keine solchen Abreden vorliegen.



- (3) Der Bewerber verpflichtet sich für diesen Fall, den Auftraggeber hinsichtlich aller Schäden schad- und klaglos zu halten, die aus der Verletzung der Erklärung gem **Abs 1 oben** entstehen.

5. Arbeitsrechtliche Erklärung

- (1) Der Bewerber verpflichtet sich für den Fall, dass mit ihm der Architektenvertrag abgeschlossen wird, bei der Ausführung die geltenden arbeits-, lohn- und sozialrechtlichen Vorschriften einzuhalten.
- (2) Der Auftraggeber weist darauf hin, dass diese arbeits-, lohn- und sozialrechtlichen Vorschriften bei der gesetzlichen Interessensvertretung der Arbeitgeber (Wirtschaftskammer Österreich, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63) und Arbeitnehmer (Bundesarbeiterkammer, A-1040 Wien, Prinz Eugen-Straße 20-22) zur Einsicht aufliegen.

6. Verpflichtungserklärung ILO-Bestimmungen

Der Bewerber verpflichtet sich, die sich aus dem Übereinkommen Nr. 29, 87, 94, 95 98, 100, 105, 111, 138, 182 und 183 der Internationalen Arbeitsorganisation, BGBl. Nr. 228/1950, Nr. 20/1952, Nr. 39/1954, Nr. 81/1958, Nr. 86/1961, Nr. 111/1973, BGBl. III Nr. 200/2001, BGBl. III Nr. 41/2002 und BGBl. III Nr. 105/2004 ergebenden Verpflichtungen einzuhalten (ILO-Bestimmungen).

7. Erklärungen des Bewerbers betreffend die Zuverlässigkeit

- (1) Der Bewerber erklärt für sich und seine Subunternehmer, dass weder gegen ihn noch gegen einen seiner Subunternehmer ein Konkurs- oder gerichtliches Ausgleichsverfahren anhängig ist bzw mangels ausreichenden Vermögens abgewiesen wurde und auch kein vergleichbares ausländisches Verfahren eröffnet worden ist.
- (2) Weiters erklärt der Bewerber für sich und seine Subunternehmer, dass er bzw seine Subunternehmer sowie seine und deren leitende Mitarbeiter sowohl straf- als auch arbeitsrechtlich unbescholten sind.

8. Eidesstattliche Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Ich/Wir erklären an Eides statt, dass nachstehende Voraussetzungen, welche nach § 68 BVergG 2006 zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen, für mich / uns nicht zutreffen.

Es trifft nicht zu, dass

- a) gegen mich/uns oder - sofern es sich um juristische Personen, handelsrechtliche Personengesellschaften, eingetragene Erwerbsgesellschaften oder Arbeitsgemeinschaften handelt – gegen in der Geschäftsführung tätige physische Personen ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist, das einen der folgenden Tatbestände betrifft: Mitgliedschaft bei einer kriminellen Organisation (§ 278a des Strafgesetzbuches – StGB, BGBl Nr. 60/1974), Bestechung (§§ 302, 307, 308 und



310 StGB; § 10 des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 – UWG, BGBl Nr 448), Betrug (§§ 146 ff StGB), Untreue (§ 153 StGB), Geschenkkannahme (§ 153a StGB), Förderungsmisbrauch (§ 153b StGB) oder Geldwäscherei (§ 165 StGB) bzw einen entsprechenden Straftatbestand des Landes in dem der Unternehmer seinen Sitz hat,

- b) gegen mich/uns ein Konkursverfahren oder ein gerichtliches Ausgleichsverfahren eingeleitet oder die Eröffnung eines Konkursverfahrens mangels hinreichenden Vermögens abgewiesen wurde,
- c) ich mich/wir uns in Liquidation befinde(n) oder meine/unsere gewerbliche Tätigkeit eingestellt habe(n),
- d) gegen mich/ uns oder – sofern es sich um juristische Personen, handelsrechtliche Personengesellschaften, eingetragene Erwerbsgesellschaften oder Arbeitsgemeinschaften handelt – gegen physische Personen, die in der Geschäftsführung tätig sind, ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist, das meine/unsere berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellt,
- e) ich/wir im Rahmen meiner/unserer beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen habe(n), die vom Auftraggeber nachweislich festgestellt wurde,
- f) ich meine/wir unsere Verpflichtungen zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge oder der Steuern und Abgaben nicht erfüllt habe(n), oder
- g) ich mich/wir uns bei der Erteilung von Auskünften nach den vergaberechtlichen Vorschriften in erheblichem Maße falscher Erklärungen schuldig gemacht habe(n).

9. Erklärung betreffend Ausländerbeschäftigung

- (1) Falls die folgende Erklärung zutreffend ist, bitte ankreuzen. Falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann, hat der Bewerber durch Vorlage entsprechender Unterlagen glaubhaft zu machen, dass er trotz einer solchen Bestrafung zuverlässig ist (vgl § 73 Abs 2 BVergG 2006):

- Der Bewerber erklärt für sich und seine Subunternehmer, dass er bzw seine Subunternehmer bis dato keine wesentlichen Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes 1975, BGBl 1975/218 in der jeweils geltenden Fassung verletzt hat/haben.

- (2) Der Bewerber erklärt diesbezüglich seine Zustimmung, dass der Auftraggeber personenbezogene Daten hinsichtlich der nach dem Bundesvergabegesetz eingeleiteten Verwaltungsstrafverfahren sowie rechtskräftige Bestrafungen wegen einer Verletzung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes 1975, BGBl 1975/218 in der geltenden Fassung, von der nach § 28b Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975 eingerichteten zentralen Verwaltungsstrafevidenz einholen darf. Der Bewerber erklärt zugleich seine diesbezügliche Zustimmung auch zur Einholung von Auskünften betreffend die Verletzung von dem Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975



vergleichbaren Vorschriften außerhalb Österreichs von den, nach der jeweiligen nationalen Rechtsordnung zuständigen Behörde.

10. Erklärung gemäß § 20 Abs 2 BVergG 2006 (gilt nur für Arbeitsgemeinschaften)

- (1) Die Unterzeichnenden haben für die Bewerbung und gegebenenfalls für die spätere Angebotsstellung und Durchführung der ausgeschriebenen Leistungen eine Arbeitsgemeinschaft gebildet.
- (2) Die Unterzeichnenden erklären, dass sie sich solidarisch zur Leistungserbringung verpflichten. Sie nehmen zur Kenntnis, dass ein Ausscheiden eines der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft nur mit Zustimmung des Auftraggebers möglich ist und das ausscheidende Mitglied dadurch von der Verpflichtung zur Leistungserbringung und der solidarischen Haftung dafür nicht befreit wird.

11. Erklärung gemäß § 20 Abs 2 BVergG 2006 (gilt nur für Bewerber/Bietergemeinschaften)

- (1) Die Unterzeichnenden haben für die Bewerbung und gegebenenfalls für die spätere Angebotsstellung eine Bewerber/Bietergemeinschaft gebildet.
- (2) Die Unterzeichnenden erklären, dass sie im Auftragsfall die Leistung als Arbeitsgemeinschaft erbringen werden. Im Auftragsfall gilt daher die obige Erklärung für Arbeitsgemeinschaften (**Punkt 10. Abs 2**).

12. Überprüfung der Angaben im Teilnahmeantrag

Der Bewerber ermächtigt den Auftraggeber oder einen von ihm beauftragten Vertreter, alle im Rahmen seines Teilnahmeantrags gemachten Angaben zu überprüfen. Sollte festgestellt werden, dass von Bewerbern falsche Angaben gemacht wurden, ist die Zuverlässigkeit des Bewerbers nicht gegeben.



UMSATZERKLÄRUNG

Im Fall von Arbeits- oder Bietergemeinschaften sind für alle Mitglieder getrennte Formblätter vorzulegen. Wird zum Nachweis der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf Dritte (zB verbundene Unternehmen) verwiesen, so ist für jede Einrichtung ein eigenes Formblatt vorzulegen. Im Fall, dass das Wirtschaftsjahr eines Bewerbers nicht auf den Ablauf des 31.12. endet (unregelmäßiges Wirtschaftsjahr), ist der Jahresumsatz jenes Jahres anzugeben, in dem das jeweilige Wirtschaftsjahr endet.

Unternehmer	
--------------------	--

Jahr	Jahresumsatz (EUR, exkl USt)
2004	
2005	
2006	



BANKERKLÄRUNG - BONITÄTSAUSKUNFT

.....
.....
(Kreditunternehmung)

An das
NÖ Verwaltungszentrum Verwertungsgesellschaft m.b.H.
Neugebäudeplatz 1, 3101 St. Pölten

(Ort, Datum)

BANKERKLÄRUNG

Die Firma
hat uns mitgeteilt, dass sie sich um die Teilnahme am nicht offenen Wettbewerb der NÖ
Verwaltungszentrum Verwertungsgesellschaft m.b.H. im Zusammenhang mit der
architektonischen Neugestaltung des Eingangsbereichs NÖ Landesmuseum bewirbt.

Für die Beurteilung der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wird in den
Teilnahmeantragsunterlagen der gegenständlichen Ausschreibung die Vorlage einer
Bankbestätigung verlangt, worin die Bank bestätigt, dass ihr keine Gründe vorliegen bzw ihr
keine Gründe bekannt sind, wonach von einer Geschäftsbeziehung mit dem entsprechenden
Bewerber aus Bonitätsgründen abzuraten wäre (ohne Obligo der Bank).

Wir bestätigen daher, dass uns keine Gründe vorliegen bzw keine Gründe bekannt sind,
wonach von einer Geschäftsbeziehung mit der Firma
..... aus Bonitätsgründen abzuraten wäre.

Die Bankerklärung erfolgt ohne unser Obligo.

Hochachtungsvoll
(Bankmäßige Fertigung)



**REFERENZPROJEKT TECHNISCHE LEISTUNGSFÄHIGKEIT –
UMBAU IN EINEM ÖFFENTLICHEN GEBÄUDE**

Projektbezeichnung		
Auftraggeber Dienststelle Kontaktperson Adresse Telefon/Fax		
Auftragnehmer Hier ist auch anzugeben, ob der Bewerber das Referenzprojekt allein oder im Rahmen einer ARGE ausgeführt hat. Wenn letzteres zutrifft, ist der Leistungsanteil, den der Bewerber selbst im Rahmen der ARGE erbracht hat, konkret anzugeben.		
Baukosten des Umbaus (netto mindestens EUR 2,5 Mio)		
Datum der Fertigstellung des Projekts Hier ist auch der Prozentsatz der Fertigstellung (mindestens 50%) anzugeben, falls das Projekt im Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist noch nicht fertig gestellt worden ist.		
Kurzbeschreibung der Leistung		
Bestätigung, dass der Bewerber zumindest sämtliche Teilleistungen der Planung gem § 3 HOA mit Ausnahme der geschäftlichen Oberleitung ausgeführt hat. (Zutreffendes bitte ankreuzen)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Bestätigung, dass der Bewerber in seinem Büro über folgende technische Mindestausstattung verfügt: <ul style="list-style-type: none"> - Telefon, Fax und Mobiltelefon - E-mail Adresse - EDV Office Programme mit Verarbeitungsmöglichkeit von *.doc, *.xls, *.pdf Dateien - CAD-Programme mit *.dwg, *.dxf und *.plt Ausgabemöglichkeit - Ausschreibungsprogramm für Standard LB-H, LB-HT - Ausgabemöglichkeit als *.pdf –Dateien für sämtliche Anwendungen 	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein



REFERENZPROJEKT GRUPPE 1 EINGANGSBEREICH

Bei Vorlage von zwei Referenzprojekten Gruppe 1 – Eingangsbereich ist das Formblatt für jedes der beiden Referenzprojekte auszufüllen.

Projektbezeichnung		
Auftraggeber Dienststelle Kontaktperson Adresse Telefon/Fax		
Auftragnehmer Hier ist auch anzugeben, ob der Bewerber das Referenzprojekt allein oder im Rahmen einer ARGE ausgeführt hat. Wenn letzteres zutrifft, ist der Leistungsanteil, den der Bewerber selbst im Rahmen der ARGE erbracht hat, konkret anzugeben.		
Baukosten (netto mindestens EUR 1,5 Mio)		
Datum der Fertigstellung des Projekts Hier ist auch der Prozentsatz der Fertigstellung (mindestens 50%) anzugeben, falls das Projekt im Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist noch nicht fertig gestellt worden ist.		
Bestätigung, dass der Bewerber zumindest sämtliche Teilleistungen der Planung gem § 3 HOA mit Ausnahme der geschäftlichen Oberleitung ausgeführt hat. (Zutreffendes bitte ankreuzen)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Der vorgegebene Kostenrahmen wurde eingehalten.	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein



REFERENZPROJEKT GRUPPE 2 PLATZGESTALTUNG

Bei Vorlage von zwei Referenzprojekten Gruppe 2 – Platzgestaltung ist das Formblatt für jedes der beiden Referenzprojekte auszufüllen.

Projektbezeichnung		
Auftraggeber Dienststelle Kontaktperson Adresse Telefon/Fax		
Auftragnehmer Hier ist auch anzugeben, ob der Bewerber das Referenzprojekt allein oder im Rahmen einer ARGE ausgeführt hat. Wenn letzteres zutrifft, ist der Leistungsanteil, den der Bewerber selbst im Rahmen der ARGE erbracht hat, konkret anzugeben.		
Baukosten (netto mindestens EUR 0,5 Mio)		
Datum der Fertigstellung des Projekts Hier ist auch der Prozentsatz der Fertigstellung (mindestens 50%) anzugeben, falls das Projekt im Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist noch nicht fertig gestellt worden ist.		
Bestätigung, dass der Bewerber zumindest sämtliche Teilleistungen der Planung gem § 3 HOA mit Ausnahme der geschäftlichen Oberleitung ausgeführt hat. (Zutreffendes bitte ankreuzen)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Der vorgegebene Kostenrahmen wurde eingehalten.	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

**REFERENZPROJEKT GRUPPE 3
GASTRONOMIEBETRIEB**

Bei Vorlage von zwei Referenzprojekten Gruppe 3 – Gastronomiebetrieb ist das Formblatt für jedes der beiden Referenzprojekte auszufüllen.

Projektbezeichnung		
Auftraggeber Dienststelle Kontaktperson Adresse Telefon/Fax		
Auftragnehmer Hier ist auch anzugeben, ob der Bewerber das Referenzprojekt allein oder im Rahmen einer ARGE ausgeführt hat. Wenn letzteres zutrifft, ist der Leistungsanteil, den der Bewerber selbst im Rahmen der ARGE erbracht hat, konkret anzugeben.		
Baukosten (netto mindestens EUR 1,0 Mio)		
Datum der Fertigstellung des Projekts Hier ist auch der Prozentsatz der Fertigstellung (mindestens 50%) anzugeben, falls das Projekt im Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist noch nicht fertig gestellt worden ist.		
Bestätigung, dass der Bewerber zumindest sämtliche Teilleistungen der Planung gem § 3 HOA mit Ausnahme der geschäftlichen Oberleitung ausgeführt hat. (Zutreffendes bitte ankreuzen)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Der vorgegebene Kostenrahmen wurde eingehalten.	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

REFERENZPROJEKT GRUPPE 4
VERGABERECHT

Projektbezeichnung		
Auftraggeber Dienststelle Kontaktperson Adresse Telefon/Fax		
Auftragnehmer Hier ist auch anzugeben, ob der Bewerber das Referenzprojekt allein oder im Rahmen einer ARGE ausgeführt hat. Wenn letzteres zutrifft, ist der Leistungsanteil, den der Bewerber selbst im Rahmen der ARGE erbracht hat, konkret anzugeben.		
Baukosten (netto mindestens EUR 3,0 Mio)		
Datum der Fertigstellung des Projekts Hier ist auch der Prozentsatz der Fertigstellung (mindestens 50%) anzugeben, falls das Projekt im Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist noch nicht fertig gestellt worden ist.		
Bestätigung, dass der Bewerber zumindest sämtliche Teilleistungen der Planung gem § 3 HOA mit Ausnahme der geschäftlichen Oberleitung ausgeführt hat. (Zutreffendes bitte ankreuzen)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Die Ausschreibungen für das Projekt erfolgten auf Grundlage vergaberechtlicher Vorschriften. (Zutreffendes bitte ankreuzen)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein



UNTERSCHRIFTSSEITE

Der Bewerber beantragt hiermit die Teilnahme am gegenständlichen Vergabeverfahren entsprechend den Vorschriften der Teilnahmeantragsunterlagen samt Beilagen und den vom Bewerber vorgelegten Anlagen.

Datum: _____

Rechtsgültige Unterschrift des Bewerbers

Im Fall von Arbeits- oder Bietergemeinschaften rechtsgültige
Unterschrift sämtlicher Mitglieder der Arbeits- oder Bietergemeinschaft

Im Fall von Arbeits- oder Bietergemeinschaften rechtsgültige
Unterschrift sämtlicher Mitglieder der Arbeits- oder Bietergemeinschaft

Im Fall von Arbeits- oder Bietergemeinschaften rechtsgültige
Unterschrift sämtlicher Mitglieder der Arbeits- oder Bietergemeinschaft